

SPANIEN: DIE PANDEMIE BRINGT PROBLEME DER VERGANGENHEIT WIEDER ZUM VORSCHIEIN

Die Regierung will den Staatshaushalt im Parlament verabschieden. Das würde der Regierung eine gewisse Stabilität während der Legislatur verleihen. Unidas Podemos möchte den Haushalt mit der Unterstützung von ERC, PNV und EH Bildu, Organisationen, die für die Unabhängigkeit ihrer Länder kämpfen und nationalistische Parteien, mit denen sie eine dauerhafte "Staatsführung" aufbauen will, beschließen • Der Krieg zwischen den rechten Parteien in Spanien hat mit dem Misstrauensantrag von VOX eine neue Bedeutung erhalten, in dem sich die Distanz zwischen VOX und PP deutlich gezeigt hat. Die rechtsextreme Partei VOX nutzte den Misstrauensantrag, damit ihr rechtsextremer Diskurs in den Medien Anklang fand • Die Kriegssituation in der Westsahara ist ein Problem für den spanischen Staat, der immer noch die Verwaltungsmacht dieses Entkolonialisierungsprozesses innehat, und insbesondere für die spanische Linke, die durch politische und sentimentale Beziehungen mit den Saharais verbunden ist.



Sato Díaz | @JDSato
Der Artikel wurde am 18/11/2020 beendet

Die Vergangenheit wiederholt sich manchmal. In einer anderen Form, mit neuen Formen, der Kontext ist anders, aber der Hintergrund bleibt. Im Kontext des spanischen Staates passiert es häufig. Vielleicht, weil die konstitutionelle Demokratie von 1978 nicht in der Lage war, mutig und verantwortungsbewusst zu handeln und die Wunden zu heilen. Vielleicht, weil der politische Übergang von der Diktatur zur Demokratie keinen demokratischen Bruch mit der faschistischen Vergangenheit bedeutete. Auch weil der spanische Staat seit dem Inkrafttreten des Maastricht-Vertrags im Jahr 1992 in einer untergeordneten Position blieb, in dem die kontinentale Arbeitsteilung in diesen Breiten weder viele Optionen noch Entscheidungsbefugnisse über das Produktionsmodell oder die wirtschaftliche Souveränität ließ, ein Problem, das sich mit der Einführung der einheitlichen Währung Euro im Januar 2002 vergrößerte. Vielleicht auch aus vielen anderen Gründen, die wir noch nicht mal ahnen.

Jetzt, Mitte November, ist die Vergangenheit in die spanische Politik an einem Punkt wieder eingebrochen, der vergessen schien. Obwohl er manchmal in den Schlagzeilen erscheint, ist der Westsahara-Konflikt ein vergessener Konflikt in der internationalen Gemeinschaft. Es ist jedoch eine Angelegenheit, die direkt den spanischen Staat betrifft, der weiterhin die Verwaltungsmacht dieses noch nicht entkolonialisierten Gebiets in Afrika innehat. Man nennt sie die letzte Kolonie Afrikas.



Angriffe und Bombardierungen der Armee der Westsahara gegen marokkanische Einheiten | 16.11.20
(Foto: <http://larealidadsaharai.blogspot.com>)

Am 14. November erklärte die Polisario-Front, die Befreiungsbewegung, die in der Demokratischen Arabischen Republik Sahara (DARS) regiert, den Kriegszustand gegen den Staat von Marokko, der seit Jahrzehnten einen Teil des Territoriums der Westsahara militärisch besetzt hält und einige Tage zuvor gegen den Waffenstillstand verstoßen hatte. Der Krieg kehrt in die Wüste zurück, nachdem der von den Vereinten Nationen seit 1991 geförderte Waffenstillstand gescheitert ist. Später werden wir uns mit dieser Angelegenheit und ihren Auswirkungen auf die spanische Politik und vor allem auf die linken Organisationen befassen.

Akzeptieren wir, dass die Vergangenheit zurückkehren kann, und in einem Staat, dessen demokratischer Aufbau in aller Eile nach einer jahrzehntelangen Diktatur durchgeführt wurde, um sich auf das Niveau der umliegenden Länder zu stellen, kann sie mit Kraft zurückkehren. Die Metapher könnte sein, dass die jüngste Geschichte der spanischen Politik in einigen Räumen Spiegel versteckt hat und, wenn man in einen dieser Spiegel schaut, erkennt man eine Vergangenheit, die man verbergen möchte. Dann tauchen sie wieder auf: Identitätsprobleme, territoriale, wirtschaftliche, soziale, politische, institutionelle Probleme.

Im letzten Abschnitt dieses Jahres belastet die zweite Welle der Pandemie erneut das Krankenhaussystem einiger autonomer Gemeinschaften, während die verschiedenen Einschränkungen insbesondere Wirtschaftssektoren wie Tourismus und Gastgewerbe betreffen, die sehr wichtige Sektoren der spanischen Wirtschaft sind.

Aus diesem Grund denke ich, wie ich schon in der vorherigen Analyse von [In Perspective, für die Rosa Luxemburg Stiftung](#) erwähnt habe, dass der spanische Staat eine generelle Krise aufweist, die aus verschiedenen Perspektiven wahrgenommen wird, und dass die Covid-19-Pandemie, die eine Art Katharsis in verschiedenen Facetten der Menschheit darstellt, diese Krisen verschlimmert und neue Krisen mit sich gebracht hat. Das schicksalhafte Jahr 2020 steht kurz vor dem Abschluss. Ein Jahr, das von der COVID-19-Pandemie geprägt worden ist, die alle Aspekte des Lebens beeinflusst hat, von den intimsten, persönlichsten und sozialsten Gewohnheiten und Bräuchen bis hin zu Politik und Wirtschaft und ihre sozialen Konsequenzen sowie die globale Regierbarkeit... Aber es ist auch das Jahr, in dem zum ersten Mal seit der Zweiten Spanischen Republik eine Koalitionsregierung an der Spitze des spanischen Staates steht und Parteien, die links von der PSOE stehen, in den Ministerrat sitzen.

Im letzten Abschnitt dieses Jahres belastet die zweite Welle der Pandemie erneut das Krankenhaussystem einiger autonomer Gemeinschaften, während die verschiedenen Einschränkungen insbesondere Wirtschaftssektoren wie Tourismus und Gastgewerbe betreffen, die sehr wichtige Sektoren der spanischen Wirtschaft sind. Das Gesundheitspersonal ist nach dem Strudel dieses Jahres müde und seine Arbeitsbedingungen haben sich in den meisten Fällen nicht verbessert. Die Unzufriedenheit über die Institutionen ist generell. Die Hoteliers protestieren gegen die öffentlichen Maßnahmen gegen die COVID-19-Pandemie, die in einigen autonomen Gemeinschaften sogar die Schließung von Catering-Unternehmen beinhalten. Und genau hier finden wir einen weiteren dieser Spiegel, die die Vergangenheit widerspiegeln und in die Gegenwart bringen: Die spanische Wirtschaft hat in den letzten Jahrzehnten nicht viel für die Modernisierung und Aktualisierung der öffentlichen Dienste getan, sie hat auf den Tourismus und seine Derivate als Motor der Wirtschaft gesetzt. Heute sieht man die tragischen Folgen.



Proteste spanischer Hoteliers wegen der COVID-19-Krise (Foto: galiciapress.es)

Die Wirtschaftsprognosen sind äußerst negativ, was dem Optimismus widerspricht, den die Regierung zu vermitteln versucht. Anfang November prognostizierte die Europäische Kommission einen Rückgang des spanischen Bruttoinlandsprodukts von 12,4% im Jahr 2020, das ist der schlechteste Wert in der Europäischen Union. Die spanische Regierung ist der Ansicht, dass diese Zahlen nicht die Realität widerspiegeln, aber

die allgemeine Stimmung neigt eher dazu, dass die bevorstehende Krise furchtbar sein wird. Sie ist es bereits, obwohl die Folgen durch die von der Regierung durchgeführten Schutzmaßnahmen für soziale Sektoren gemildert worden sind. Die rechtsextreme Partei VOX sieht hier einen Nährboden für ihr Wachstum, was mittelfristig eine Gefahr für die spanische Politik darstellt.

...die Pandemie hat in den ärmeren Gebieten härter zugeschlagen. Große Familien, die in kleinen Wohnungen leben, manuelle Jobs, die keine Fernarbeit erlauben, Fahrten zu den Arbeitsplätzen in überfüllten öffentlichen Verkehrsmitteln in vielen Fällen...

In diesem Zusammenhang gibt es, wie gesagt, andere Aspekte der generellen Krise, die der spanische Staat im Jahr der Pandemie durchlebt. Aus sozialer Sicht wächst die Ungleichheit (ein weiterer Spiegel, der ein chronisches Problem wieder sichtbar macht), und wie man weltweit sieht, versteht der COVID-19-Virus von sozialen Klassen. Die Regierung förderte im Frühjahr den sogenannten "sozialen Schutzschild" mit einer Reihe von Maßnahmen wie Wirtschaftshilfe in Bezug auf Wohnung und Mieten, Gewährleistung der wesentlichen Versorgungsleistungen wie (Wasser, Strom, Heizung) oder Maßnahmen im Zusammenhang mit den Arbeitsbedingungen wie Kurzarbeit oder Hilfen für Selbstständige ... das Mindesteinkommen, eine Leistung zur Verhinderung von Armut und sozialer Ausgrenzung, eine Leistung, die Unidas Podemos schnell als die Erreichung eines neuen subjektiven Rechts definierte. Monate später ist der Saldo dieser Maßnahme eher negativ: Von den 837.333 zwischen Juni und Oktober eingereichten Anträgen wurden 69.530 abgelehnt und 34.534 geprüft, und nur 12.789 wurden genehmigt und bezahlt. Vom Rest weiß man nichts.

In diesen Monaten wurde deutlich, wie die Pandemie in den ärmeren Gebieten härter zugeschlagen hat. Große Familien, die in kleinen Wohnungen leben, manuelle Jobs, die keine Fernarbeit erlauben, Fahrten zu den Arbeitsplätzen in überfüllten öffentlichen Verkehrsmitteln in vielen Fällen ...

Im vergangenen September nahmen in der Autonomen Gemeinschaft von Madrid die sozialen Spannungen zu, gerade aufgrund des Unterschieds zwischen den reichen und den armen Stadtteilen und der Benachteiligung dieser ärmeren Stadtteile durch die Madrider Präsidentin, Verfechterin der ultra- und neoliberalen Leitlinien der PP, Isabel Díaz Ayuso. Die Proteste von Nachbarschaftsvereinigungen und sozialen Gruppen standen eine Zeit lang auf der Tagesordnung. Die von der Koalitionsregierung abhängige Nationalpolizei verprügelte Demonstranten in Vallecas, einem dieser ärmeren Stadtteile. Im Gegensatz dazu, erhielten die rechtsextremen Demonstranten aus dem reichen Stadtteil Salamanca in Madrid bei ihren Protesten gegen die Regierung eine exquisite Behandlung seitens derselben Polizei.



Polizeiliche Übergriffe bei Protesten gegen die selektive Ausgangssperre in Madrid (Foto: EFE | laSexta.com)

Die Maßnahmen zur Einschränkung der Bewegungsfreiheit umfassten die Schließung der von der Krankheit am stärksten betroffenen Gebiete Madrids, die Schließung von Lokalen und öffentlichen Freizeitbereichen wie Parks und Grünflächen, aber die Menschen, die in diesen betroffenen Stadtteilen leben, konnten in die Innenstadt oder in andere reichere Stadtteile fahren, um dort zu arbeiten. Es gab paradoxe Situationen wie zum Beispiel, dass eine Babysitterin während ihrer Arbeitszeit mit dem betreuten Kind in einem Park in Madrid spazieren gehen konnte, aber wenn diese Babysitterin nach Hause kam, konnte sie mit ihren eigenen Kindern in keinen Park gehen. Der Klassenkampf wurde in einer Stadt offensichtlich, in der eine Linie perfekt auf der Karte eingezeichnet war: Menschen, die in reichen Gebieten leben, die meisten wählen rechte Parteien, hatten größere Freiheiten als diejenigen, die in armen Gebieten leben, wo die Mehrheit links wählt, diese mussten zu Hause bleiben.

Was die territoriale Krise betrifft, ein weiterer Spiegel, der immer die Fehler der Vergangenheit widerspiegelt, ist sie durch die Pandemie etwas in den Hintergrund getreten, aber sie existiert weiterhin. Wie die baskischen und galizischen Wahlen im Juli gezeigt haben, haben die nationalistischen Organisationen und Parteien, die für die Unabhängigkeit ihrer Gemeinschaften kämpfen, mehr Unterstützung gefunden. Das Modell der autonomen Gemeinschaften erlebt eine erhebliche Diskreditierung in einigen peripheren Regionen. Das katalanische Problem ist immer noch lebendig, obwohl es sich nach der schweren Krise vor drei Jahren, als die katalanische Generalitat (autonome Regierung) symbolisch die Unabhängigkeit vom spanischen Staat erklärte, in einem Abkühlungsprozess befindet. Die Kontinuität der von den

Der Klassenkampf wurde in einer Stadt offensichtlich, in der eine Linie perfekt auf der Karte eingezeichnet war: Menschen, die in reichen Gebieten leben, die meisten wählen rechte Parteien, hatten größere Freiheiten als diejenigen, die in armen Gebieten leben, wo die Mehrheit links wählt, diese mussten zu Hause bleiben.

Ereignissen des Jahres 2017 inhaftierten UnabhängigkeitsanführerInnen im Gefängnis ist weiterhin eine Anomalie, die politische Lösungen zwischen Katalonien und dem Zentralstaat erschwert.

Am 14. Februar 2021 werden katalanische Wahlen stattfinden, um ein neues Parlament und einen neuen Präsidenten in Katalonien zu wählen, wenn die Pandemie es zulässt. Die Unabhängigkeitsbewegung wird laut Umfragen trotz der zahlreichen internen Streitigkeiten gestärkt aus diesen Wahlen hervortreten. Ende September wurde der Präsident der Generalitat, Quim Torra, vom Obersten Gerichtshof aus einem Grund, der wie ein Scherz erscheint, vom Amt abgesetzt: Er hatte sich geweigert, ein Banner vom Regierungssitz zu entfernen, der die Freiheit für politische Gefangene forderte. Der Oberste Gerichtshof überrascht niemanden, die spanische Justiz hat keine Probleme in die Politik einzugreifen.

Die spanische Demokratie durchläuft auch eine ernsthafte institutionelle Krise. In diesem Bereich gibt es zwei Hauptprobleme. Die Monarchie und die parteiliche Nutzung der staatlichen Institutionen: zwei weitere Spiegel, die daran erinnern, dass der Übergang von der Diktatur zur Demokratie nicht dazu diente, die Nischen der Diktatur zu demokratisieren.

Bei den Wahlen im Februar erscheint Esquerra Republicana de Catalunya (ERC), eine sozialdemokratische Unabhängigkeitspartei, als Favoritin. Eine linke Regierung im Staat und eine andere in Katalonien könnten eine politische Lösung für den Katalanischen Konflikt bringen, der derzeit in den Hintergrund getreten ist. Die spanischen rechten Parteien werden alles tun, um diesen Konflikt am Leben zu erhalten, da er ihre Wahlchancen im restlichen Staat verbessert. Ein Teil der katalanischen nationalistischen Rechten wird auch ihre Interessen verfolgen.

Die spanische Demokratie durchläuft auch eine ernsthafte institutionelle Krise. In diesem Bereich gibt es zwei Hauptprobleme. Die Monarchie und die parteiliche Nutzung der staatlichen Institutionen: zwei weitere Spiegel, die daran erinnern, dass der Übergang von der Diktatur zur Demokratie nicht dazu diente, die Nischen der Diktatur zu demokratisieren.

Wie ich im letzten August berichtete, floh der emeritierte König Juan Carlos I. wegen mutmaßlicher Korruption in die Vereinigten Arabischen Emirate. Das war ein harter Schlag für die Monarchie, die für einige soziale Sektoren seit langem in Frage steht. Die Monarchie ist laut Verfassung die Spitze der Staatspyramide und befindet sich in einer schweren Krise. Die Debatte zwischen Monarchie und Republik erobert immer mehr öffentlichen Raum. Am 12. Oktober veröffentlichte die Plattform unabhängiger Medien, die mehrere digitale Medien zusammenbringt, eine Umfrage über die öffentliche Meinung in dieser Debatte. Das staatliche Soziologische Forschungszentrum (CIS) weigert sich seit Jahren, über dieses Thema zu fragen, und die einflussreichsten Medien verschweigen die



Infografía sobre los resultados de la encuesta, que fue realizada por la plataforma de medios independientes sobre la Monarquía (Foto: ElSaltoDiario)

Kritik an der Monarchie. Die Ergebnisse dieser Umfrage sind sehr suggestiv: Wenn jetzt ein Referendum über das Staatsmodell durchgeführt würde, kämen folgende Ergebnisse heraus: Für die Republik 40,9%, für die Monarchie 34,9%, 12,9% sind unentschlossen, 6,4% würden nicht wählen und 4,9% würden einen leeren Stimmzettel abgeben.

Auf der anderen Seite haben verschiedene juristische Ermittlungen und journalistische Recherchen aufgedeckt, wie das Innenministerium in den Händen des ehemaligen Ministers der Regierung von Mariano Rajoy von der PP, Jorge Fernández Díaz, eine "politische Polizei" geschaffen hat, die er "patriotische Polizei" genannt hatte, die sich der Bspitzelung der Opposition und der politischen Dissidenten widmete. Insbesondere bspitzelte sie Podemos, die im Jahr 2015 bei einigen Umfragen als meistgewählte Partei herauskam. Aber diese Polizei bspitzelte auch die katalanische Unabhängigkeitsbewegung, die zu der Zeit begann, die Volksbefragung vom 1. Oktober vorzubereiten.

Dass in einer europäischen ‚Demokratie‘ des 21. Jahrhunderts die politische Macht die Polizei für parteipolitische Zwecke nutzt, ist ein weiteres Beispiel für die Unarten der spanischen Politik.

Die Ermittlungen zeigen auf hochrangige Beamte des Innenministeriums und stellen den Ex-Kommissar der Nationalen Polizei, José Manuel Villarejo, in den Mittelpunkt der Verschwörung. Er hatte enge Kontakte zu Spitzenpolitikern verschiedener Parteien und führte Aufzeichnungen darüber. Villarejo sitzt derzeit im Gefängnis, aber er hat reichlich Material, um in den Medien Informationen über Menschen zu filtern, die Einfluss in verschiedenen staatlichen Verwaltungsstellen hatten. Ein Spion, der sogar Juan Carlos I. ins Zwielficht gebracht hat, nachdem er die Ex-Geliebte des Ex-Königs, Corinna Larsen, befragt hatte, die über die Beziehung ihres Geliebten zu den Steueroasen und Offshore-Gesellschaften informiert hat. Dass in einer europäischen ‚Demokratie‘ des 21. Jahrhunderts die politische Macht die Polizei für parteipolitische Zwecke nutzt, ist ein weiteres Beispiel für die Unarten der spanischen Politik.

Zusätzlich zu diesen beiden Fällen durchläuft die Justiz auch eine Krise. Die Neugestaltung des Generalrats der Justiz, der die zukünftigen Richter des Obersten Gerichtshofs und anderer hoher Justizbehörden vorschlägt, ist gesetzlich seit zwei Jahren fällig. Die Richter in den Leitungsgremien hätten ihr Amt bereits niederlegen müssen. Die politische Rechte hat es in Absprache mit der Justiz geschafft, eine konservative Mehrheit zu sichern, und die Koalitionsregierung und ihre knappe Mehrheit im Kongress können den Generalrat der Justiz nicht erneuern, wenn die rechten Parteien diese Erneuerung blockieren.



Leader der Unabhängigkeitsbewegung in Katalonien, die vom Obersten Gerichtshof wegen der Volksbefragung über die Unabhängigkeit verurteilt wurden.
(Foto: von RTVE.es genommen)

Die Beteiligung der hohen Justizbehörden am politischen Leben ist daher ein zu berücksichtigendes Element, und es gibt einen konservativen Filter, der alles trübt. Auch die alltägliche Politik. Ich möchte hier daran erinnern, dass vor kurzem der erste Jahrestag gewesen ist, an dem der Oberste Gerichtshof die katalanischen Unabhängigkeitsführer zu 100 Jahren Gefängnis verurteilt hat, aber dieser Gerichtshof beeinflusst auch die politische Agenda. Es muss

auch gesagt werden, dass die rechten und rechtsextremen Parteien seit der Bildung der Koalitionsregierung im Januar vergangenen Jahres, alles getan haben, um die Regierung zu stürzen. Öffentliche Erklärungen und Gerichtsverfahren wurden von den konservativen Medien und den rechten politischen Kräften immer wieder angeheizt.

Der Staatshaushalt: Ausgangspunkt

Die politische Konjunktur in Spanien wird derzeit vor allem von den parlamentarischen Verhandlungen der Koalitionsregierung mit den verschiedenen Fraktionen bestimmt, um eine Mehrheit zu erhalten, die es ihr ermöglicht, den Staatshaushalt zu verabschieden. Das ist aus mehreren Gründen entscheidend. Zunächst sei daran erinnert, dass der aktuell gültige Haushaltsplan von der konservativen Regierung unter der Führung von Rajoy mit Cristóbal Montoro als Wirtschaftsminister erstellt wurde. Dieser Etat kommt vom Jahr 2018, einige Monate bevor Pedro Sánchez nach dem Misstrauensantrag gegen den Präsidenten Rajoy zum ersten Mal als Präsident der Regierung gewählt wurde. Bereits 2019 versuchte die sozialistische Exekutive, einen eigenen Haushalt zu verabschieden, aber die katalanischen Unabhängigkeitsparteien lehnten ihn ab, und der Etat wurde nicht verabschiedet. Das ward der Grund warum im April desselben Jahres allgemeine Wahlen stattfanden und, nachdem die PSOE keine Einigung mit Unidas Podemos erreichen konnte, neue allgemeine Wahlen im November durchgeführt wurden. Nach diesen Wahlen wurde im Januar die Koalitionsregierung gebildet.

Montoros Haushalt ist veraltet. Er stammt von einer konservativen Regierung und jetzt regiert eine progressive Koalitionsregierung unser Land, aber sie berücksichtigt auch nicht die derzeitige schwierige soziale und wirtschaftliche Situation, die die Pandemie geschaffen hat. Auf der anderen Seite will die Regierung, dass die europäischen Fonds, Next Generation EU, in den Haushaltsplan

einfließen. Insgesamt 140 Milliarden Euro (davon die Hälfte Kredite) werden dem spanischen Staat gewährt, unser Land ist eines der von der Coronavirus-Krise am stärksten betroffenen Mitgliedsländer der Europäischen Union. Der von der Koalitionsregierung vorgeschlagene Staatshaushalt fokussiert zwei wichtige Ziele für Europa: auf die Digitalisierung der Wirtschaft und den Übergang zu einer grünen Wirtschaft.



Pedro Sánchez und Pablo Iglesias legen den Staatshaushalt für 2021 vor.
(Foto: MONCLOA)

Am 27. Oktober präsentierten Sánchez und Iglesias gemeinsam den Entwurf der Koalitionsregierung für den allgemeinen

Staatshaushalt im Palacio de La Moncloa. Einige wichtige Daten sind beispielsweise, dass sich die öffentlichen Investitionen auf 240.000 Millionen Euro belaufen und 27 Milliarden Euro von dem europäischen Plan als Vorschuss einbeziehen werden. Der Gesundheit werden 150% mehr zugewiesen als in den letzten Jahren, eine Kompetenz der autonomen Gemeinschaften. Das Ministerium für den ökologischen Wandel und die demografische Herausforderung wird 11,935 Milliarden Euro für die Umsetzung umweltfreundlicher Maßnahmen zur Verfügung haben. Der Plan Digitales Spanien 2025 wird zwischen diesem Jahr und 2022 öffentliche und private Investition von rund 70 Milliarden Euro mobilisieren. Die Investitionen in das öffentliche Bildungssystem und die Berufsausbildung stiegen um 70,2%, wobei die Stipendien deutlich zunehmen. Die Ausgaben für Pflege abhängiger Personen sollen ebenfalls erhöht werden.

Der von der Koalitionsregierung vorgeschlagene Staatshaushalt fokussiert zwei wichtige Ziele für Europa: auf die Digitalisierung der Wirtschaft und den Übergang zu einer grünen Wirtschaft.

Darüber hinaus gibt es einige Erneuerungen, um die spanische Steuerbelastung dem europäischen Durchschnitt anzunähern, da Spanien 2019 7,4% des BIP weniger als der Durchschnitt der Eurozone an Steuern einbrachte. Diese neuen, sehr subtilen Maßnahmen sind: eine Erhöhung der Körperschaftsteuer für große Unternehmensgruppen, die die Steuerbefreiung von Dividenden und Kapitalgewinnen begrenzt, die durch ihre Beteiligung an Tochterunternehmen erzielt werden. Erhöhung der Vermögenssteuer um 1 Prozent für Vermögenswerte von mehr als 10 Millionen. Erhöhung der Einkommensteuer um 3 Prozent bei Kapitaleinkommen von mehr als 200.000 Euro. Erhöhung der Einkommensteuer um 2 Prozent bei Erwerbseinkommen von mehr als 300.000.000 Euro. Mindeststeuer von 15% für SOCIMIS (die Anpassung der europäischen Norm REIT (Real Estate Investment Trust) an den spanischen Markt) .



Projektion des Slogans 'Touristisch überfülltes Gebiet – Wohnungen für die Nachbarschaft' über die Kirche von Russafa (Valencia) und über den Markt des gleichen Stadtteils (Foto: Entre Barris)

Unidas Podemos konnte sich, nach einer bis zum letzten Moment andauernden Verhandlung mit seinen Regierungspartnern, in zwei entscheidenden Themen durchsetzen, die zu den zentralen Forderungen von Unidas Podemos gehören. Einerseits wird die Beantragung des Mindesteinkommens für die Bürger erleichtert, da die Umsetzung, wie gesagt, eine Katastrophe war. Zum anderen

die Verpflichtung, in den nächsten vier Monaten ein Gesetz zur Regulierung des Mietmarktes vorzulegen. Aufgrund der hohen Mietpreise ist es für viele Bürger sehr schwer eine Wohnung zu mieten, vor allem in Spannungsgebieten wie Großstädte und für junge Menschen.

Mögliche Mehrheiten, für eine neue “Staatsführung“

Die Haushaltsdebatte hat im Parlament aufgrund der damit verbundenen Auswirkungen ein hohes politisches Niveau. Die Koalitionsregierung hat nur 155 von 350 Abgeordneten. Die absolute Mehrheit liegt bei 176 Abgeordneten. Daher muss sie andere Fraktionen davon überzeugen, dem Haushalt zuzustimmen.

Wie bereits erwähnt, ist der Staatshaushalt aus mehreren Gründen von entscheidender Bedeutung. Einer davon hat damit zu tun, dass diese Legislative, die in weniger als einem Jahr sehr schwierige Momente mit den rechten und rechtsextremen Parteien durchgemacht hat, da diese Parteien versucht haben, die Pandemie auszunutzen, um die Regierung mit allen Mitteln zu stürzen. Die Koalitionsregierung wird, wenn der Staatshaushalt von der parlamentarischen Mehrheit unterstützt wird, bis 2023 an Stabilität gewinnen.

Darüber hinaus wären diese Budgets, wie Vizepräsident Iglesias gesagt hat, ein Ausgangspunkt, nicht nur, um eine fortschrittliche Legislatur zu gewährleisten, sondern auch, um eine neue "Staatsführung" zu erreichen. Gemäß dem Generalsekretär von Podemos gibt es im spanischen Staat angesichts der politischen Zersplitterung zwei mögliche Auswege: Auf der einen Seite eine Vereinbarung zwischen den rechten und rechtsextremen Parteien PP, Vox und Ciudadanos, auf der anderen Seite die sogenannte „Investitionsmehrheit“, die die Koalitionsregierung im Januar möglich gemacht hat.

Diese Mehrheit setzt sich aus der PSOE und Unidas Podemos, zusätzlich zu den Unabhängigkeitsparteien katalanischen, baskischen und galizischen Linken (ERC, EH Bildu und BNG), der rechten nationalistischen Partei des Baskenlandes (PNV) und anderen linken regionalen Parteien wie Compromís von der autonomen Gemeinschaft von Valencia oder Más País (Partei unter der Leitung der ehemaligen Nummer zwei von Podemos, Íñigo Errejón, mit einer breiten Präsenz in der Gemeinschaft von Madrid). Darüber hinaus gibt es andere gemäßigte linke Regionalisten wie Nueva Canarias oder die Regionale Partei Kantabriens mit Präsenz im Kongress und Teruel Existe, eine in der Provinz etablierte Partei, die die Unzufriedenheit ländlicher Gebiete aus einer fortschrittlichen Sichtweise vertritt, die bei öffentlichen Dienstleistungen und der Zukunftsplanung diskriminiert werden, das sogenannte „leere Spanien“.



Das Parlament 2019 (Foto: EFE)

Iglesias ist der Ansicht, dass die Option einer Regierung gegen die Rechten nur durch die Zusammenarbeit der staatlichen Linken (PSOE und Unidas Podemos) mit ERC, PNV und EH Bildu in einer plurinationalen „Koalition“ bestehen kann. Es ist ein Angebot an diese Kräfte, die Entscheidungen der Regierungsführung des Staates gemeinsam mit ihnen zu treffen. Ein Kontext, der zwangsläufig zu einer Anerkennung des multinationalen Staates führen müsste, in dem verschiedene Nationen koexistieren und sich unterschiedlich ausdrücken. Ansonsten ist es nur eine Illusion, eine „Staatsführung“ mit politischen Kräften vorzuschlagen, die für einige Gebiete eine größere Souveränität fordern, wenn nicht sogar die Unabhängigkeit ihrer Nationen vom spanischen Staat.

der Staatshaushalt aus mehreren Gründen von entscheidender Bedeutung. Einer davon hat damit zu tun, dass diese Legislative, die in weniger als einem Jahr sehr schwierige Momente mit den rechten und rechtsextremen Parteien durchgemacht hat, da diese Parteien die Pandemie auszunutzen versucht um die Regierung mit allen Mitteln zu stürzen. Die Koalitionsregierung wird, wenn der Staatshaushalt von der parlamentarischen Mehrheit unterstützt wird, bis 2023 an Stabilität gewinnen.

Die Haltung von Ciudadanos bei diesen Haushaltsverhandlungen ist bemerkenswert. Ciudadanos ist eine Partei, die ursprünglich nur in Katalonien und insbesondere gegen die Unabhängigkeitsbewegung agierte. Als sie sich entschloss, sich im ganzen Staat bei den Wahlen zu präsentieren, stellte sie sich als moderne liberale Partei dar (sie gehört im Europäischen Parlament dem liberalen Flügel an), die die Korruption der alten Staatsparteien (PSOE und PP) kritisierte und die politische Landschaft erneuern wollte. Man sprach sogar davon, dass Ciudadanos "eine rechte Podemos" sei. Ihr Führer und Gründer, Albert Rivera, verlagerte jedoch die Orientierung in Richtung der spanischen nationalistischen Rechten und konkurrierte schließlich mit der PP und Vox um die Dominanz im rechten und rechtsextremen Feld. Als es VOX gelang, sich auf staatlicher Ebene als Alternative zu etablieren, sprang die rechtsextreme Partei bei den Parlamentswahlen im November 2019 von 24 auf 52 Sitze und Ciudadanos fiel von 57 auf 10 Sitze.

Diese Schlappe führte zum Rücktritt von Rivera und Inés Arrimadas übernahm das Ruder, der Partei. Bisher war Arrimadas Parteichefin in Katalonien, und hat in den letzten Jahren dieselbe populistische, nationalistische und rechtsextreme Strategie wie Rivera verfolgt. Mit dem Aufstieg von Arrimadas auf staatlicher Ebene hat sich Ciudadanos jedoch für eine strategische Wende entschieden, indem sie erneut auf das liberale Zentrum blickte und sich für parlamentarische Vereinbarungen mit der Koalitionsregierung entschied. Dies war



Der Regierungspräsident empfängt die Vorsitzende von Ciudadanos Inés Arrimadas. September 2020 (Foto: Moncloa)

während der Pandemie der Fall und sie hat die von der Regierung geforderte Ausweitung des Alarmzustands unterstützt, um die Einschränkung der Bewegungsfreiheit der Bürger im Kampf gegen die COVID-19-Pandemie durchzusetzen. Einige Monate vor der Pandemie, wäre es undenkbar gewesen, dass Ciudadanos eine Maßnahme der Regierung unterstützen würde.

Mit dieser neuen Strategie von Ciudadanos hat die Koalitionsregierung verschiedene Möglichkeiten, eine parlamentarische Mehrheit zu erreichen, um den Haushalt zu verabschieden. Die Regierung kann entweder nach links und den verschiedenen nationalistischen Kräften und Unabhängigkeitsparteien schauen, wie es Unidas Podemos möchte, oder sie kann nach rechts schauen und versuchen, sich mit Ciudadanos und anderen Kräften zusammenzuschließen, wie es einige Sektoren der PSOE wünschen. Der geringe Einfluss von Ciudadanos im Parlament, sie haben nur 10 Abgeordnete, lässt jedoch zu diesem Zeitpunkt den Eindruck entstehen, dass die plausibelste Option, die der „Investitionsmehrheit“ ist. Aber Ciudadanos will nicht abseits stehen, sie möchten auch an einem Haushalt beteiligt sein, in dem Mittel des europäischen Fonds einfließen, die für den Ausgang aus der Krise notwendig sind.

die Koalitionsregierung verschiedene Möglichkeiten, eine parlamentarische Mehrheit zu erreichen, um den Haushalt zu verabschieden. Die Regierung kann entweder nach links und den verschiedenen nationalistischen und Unabhängigkeitsparteien Kräften schauen, wie es Unidas Podemos möchte, oder sie kann nach rechts schauen und versuchen, sich mit Ciudadanos und anderen Kräften zusammenzuschließen, wie es einige Sektoren der PSOE wünschen.

Delikt des Aufstandes, gemäß dem verschiedene AnführerInnen der Unabhängigkeitsbewegung vor einem Jahr vom Obersten Gerichtshof verurteilt wurde, könnte ein Konzession für die Unterstützung sein, so dass die politischen Gefangenen sofort freigelassen und der territoriale Konflikt entschärft werden könnten. Darüber hinaus kann die Regierung Begnadigungen dieser politischen Gefangenen beschließen.

Die Unterstützung der baskischen Linken hat möglicherweise damit zu tun, dass die Regierung die Annäherung baskischer Gefangener, die noch immer in verschiedenen Gefängnissen in ganz Spanien zerstreut sind, manchmal über 800 Km von ihren Familien entfernt, was eine Verletzung der Rechte ihrer Familien darstellt. Heute und in den kommenden Wochen werden wir ein hin und her zwischen dem sozialistischen Sektor der Regierung und dem von Unidas Podemos sehen. Die beiden Sektoren werden Ciudadanos einerseits und den Unabhängigkeitsparteien andererseits



Kundgebung im Jahr 2018 für die Zusammenführung der ETA-Gefangenen (Foto: EFE)

Die Zustimmung des Staatshaushalts mit der Investitionsmehrheit schließt Vereinbarungen zwischen der Regierung und diesen Gruppen ein. Zum Beispiel, dass ERC, kurz vor den katalanischen Wahlen, es wagt den Staatshaushalt zu unterstützen, deutet darauf hin, dass die Regierung einige Verpflichtungen in Bezug auf den katalanischen Konflikt eingehen wird. ERC erklärte sich bereit, sich bei der Wahl des Präsidenten der Stimme zu enthalten, wodurch die Koalitionsregierung möglich wurde, und Sánchez erklärte im Anschluss, dass ein Dialog zwischen der spanischen und der katalanischen Regierung beginnen würde. Dieser Dialog kann jetzt, nach der Haushaltsdebatte, fortgeführt werden. Die Änderung des Strafgesetzbuchs in Bezug auf den

Änderung des Strafgesetzbuchs in Bezug auf den Delikt des Aufstandes, gemäß dem verschiedene AnführerInnen der Unabhängigkeitsbewegung vor einem Jahr vom Obersten Gerichtshof verurteilt wurde, könnte ein Konzession für die Unterstützung sein, so dass die politischen Gefangenen sofort freigelassen und der territoriale Konflikt entschärft werden könnten. Darüber hinaus kann die Regierung Begnadigungen dieser politischen Gefangenen beschließen.

Die Unterstützung der baskischen Linken hat möglicherweise damit zu tun, dass die Regierung die Annäherung baskischer Gefangener, die noch immer in verschiedenen Gefängnissen in ganz Spanien zerstreut sind, manchmal über 800 Km von ihren Familien entfernt, was eine Verletzung der Rechte ihrer Familien darstellt. Heute und in den kommenden Wochen werden wir ein hin und her zwischen dem sozialistischen Sektor der Regierung und dem von Unidas Podemos sehen. Die beiden Sektoren werden Ciudadanos einerseits und den Unabhängigkeitsparteien andererseits Eingeständnisse machen, um ihre Unterstützung zu erreichen. Es könnte sogar sein, dass die Regierung eine solide Basis für die Zustimmung des Haushalts generiert, indem sie die Unterstützung seitens der verschiedenen Unabhängigkeitsbewegungen und der Linken Parteien erhält und auch der rechten Partei Ciudadanos. Wir werden sehen.

Katalonische Wahlen: ein neuer Schritt im territorialen Konflikt

Die katalanischen Wahlen sind für den kommenden 14. Februar geplant, sofern die Pandemie dies nicht verhindert. Bei den letzten Wahlen im Dezember 2017 in Katalonien haben die Parteien, die die Unabhängigkeitsbewegung im Parlament vertreten, die absolute Mehrheit erhalten. Zu diesem Zeitpunkt hatte die Regierung von Rajoy den Artikel 155 der Verfassung auf Katalonien nach der Unabhängigkeitserklärung angewendet. Dieser Artikel schränkte die Kompetenzen der autonomen Gemeinschaft ein, und löste das Parlament und die Regierung Kataloniens auf. Aber, wie gesagt, bei den Wahlen von 2017 erhielten, trotz Artikel 155, die Unabhängigkeitsparteien wieder eine parlamentarische Mehrheit in Katalonien.

Bei dieser Gelegenheit haben diese Wahlen eine große Relevanz für die weitere Deeskalation des Konflikts. Nach der Erhitzung des vorherigen Zyklus hat die Unabhängigkeitsbewegung einen Selbstkritikprozess durchgemacht und, insbesondere ERC vertritt die Ansicht, dass die Zahl der Befürworter der Unabhängigkeit seit Jahren bei 50% liegt. Manchmal etwas mehr und manchmal etwas weniger, aber die Schwankungen sind gering. Derzeit wird laut Umfragen die Summe der Parteien der Unabhängigkeit die Wahlen erneut gewinnen und eine absolute Mehrheit im Parlament erreichen, und sie haben sich das Ziel gesetzt, mit mehr als 50% der Stimmen zu gewinnen.

Laut Umfragen wäre die ERC die meistgewählte Partei. Andererseits hat sich Rechtsnationalismus in Katalonien gespalten. Einerseits hat JxCat weiterhin die Anziehungskraft von Carles Puigdemont. Der Ex-Präsident der Generalitat ist jetzt MdEP, und die spanische Justiz hat es nicht geschafft, die belgische Justiz davon zu überzeugen, einen Auslieferungsantrag gegen Puigdemont anzuerkennen, um ihn in Madrid vor Gericht zu stellen. Das ist eine klare Niederlage der spanischen Justiz. Auf der anderen Seite haben sich andere Optionen von JxCat gespalten, die den spanischen Staat nicht so strikt ablehnen, wie beispielsweise die Partit Nacionalista Català oder PDeCat.

Bei den Parteien der spanischen Lagers in Katalonien, steigt die Wahlabsicht für die PSC (Schwesterpartei der PSOE in Katalonien), während Ciudadanos, die während der laufenden Legislaturperiode die führende Oppositionspartei war, Stimmen verliert. Auf der anderen Seite würde die PP ihre schwache Präsenz im katalanischen Parlament beibehalten und zum ersten Mal wird – gemäß den Umfragen – die rechtsextreme Partei VOX in den Parlament eintreten.

PSOE und Unidas Podemos bevorzugen einen Sieg von ERC, in der ERC die Präsidentschaft der Generalitat übernimmt. Sollte das der Fall sein, könnte ein Dialogprozess beginnen, der nach einer Lösung für den Territorialkonflikt sucht. Die Verständigungskanäle im Kongress zwischen PSOE, Unidas Podemos und ERC haben sich in den letzten Monaten verbessert, aber sie sind nicht sehr stabil, und es könnte jederzeit zu einem Bruch kommen, wenn die politischen Spannungen in Katalonien aus irgendeinem Grund zunehmen, beispielsweise aufgrund einer neuen Gerichtsentscheidung. Wie ich bereits erwähnt habe, muss der spanische Staat vor der politischen Debatte über diesen Konflikt einige Aktionen durchführen: die politischen Gefangenen müssen befreit werden, wofür die Reform des Strafgesetzbuchs in Bezug auf Volksaufstandes von entscheidender Bedeutung sein kann. Gleichzeitig kann die Regierung die politischen Gefangenen begnadigen. Es gibt noch viel zu tun.



Pere Aragonès, Nationaler Koordinator von ERC und Vizepräsident der Regierung von Katalonien, am 21.12.19 während des 28. Nationalen Kongresses der Partei (Foto: ACN)

Der Misstrauensantrag von VOX: Trumps Vertreter in Spanien

Am 21. und 22. Oktober des Jahres wurde ein Misstrauensantrag im Parlament gegen Sánchez abgestimmt, der von der rechtsextremen Partei VOX eingereicht worden war. Der Antrag erhielt nur die Stimmen der 52 Abgeordneten dieser Organisation, während die restlichen Abgeordneten der anderen Parteien dagegen stimmten. Von Anfang an war jedoch klar, dass der Antrag von VOX nicht das Ziel hatte, eine Mehrheit zu erreichen und die Regierung zu stürzen, sondern ein Instrument war, um im Feld des konservativen und rechtsextremen Lagers, die Führung zu übernehmen.

Am Anfang war nicht klar, wofür die PP und ihr Führer Pablo Casado abstimmen würden. Es musste eine Entscheidung getroffen werden: gegen den Misstrauensantrag von VOX stimmen oder sich der Stimme enthalten. Casado nutzte sein Rederecht dafür aus, sich von Santiago Abascal, dem Führer von VOX, der früher Mitglied PP gewesen ist, zu distanzieren. Viele Journalisten sagten, dass das der endgültige Bruch der PP mit Vox sei, aber dem ist nicht so: Die PP regiert dank der Pakte und der Unterstützung der rechtsextremen Partei weiterhin in vier autonomen Gemeinschaften. Andere Medien hoben in ihren Schlagzeilen die enorme Niederlage von VOX hervor. Dies war zwar auf parlamentarischer Ebene der Fall, aber war der Misstrauensantrag wirklich eine Niederlage von VOX?

Der rechtsextreme Diskurs von VOX hat nach dem Misstrauensantrag einen größeren Anklang in den Medien und den sozialen Netzwerken gefunden. Die rechtsextremen Kräfte wollen die soziale Unzufriedenheit und Unsicherheit für sich und die Oligarchie ausnutzen.



Santiago Abascal und Pedro Sánchez während der Debatte zum Misstrauensantrag (Foto: REUTERS)

Wenn wir uns das am 18. November veröffentlichte Ergebnis der Umfrage des staatlichen soziologischen Zentrums CIS ansehen, die in den ersten Novembertagen kurz nach der parlamentarischen Debatte durchgeführt wurde, ist dies nicht der Fall. Im Streit zwischen PP und Vox ist die PP in der letzten Umfrage gegenüber dem Vormonat um

ein Zehntel Prozent gesunken, während VOX 0,7% zugenommen hat. Abgesehen von den Umfragen, war es ein Erfolg für VOX, während einigen Wochen, Zentrum der Nachrichten zu sein. Die Trump Jünger in Aktion: Meldungen über die angebliche Verschwörung von China als der Schöpfer des Coronavirus, Definition der Koalitionsregierung als kommunistische Diktatur, Verweise auf die „Iberosphäre“, eine Idee, nach der der spanische Staat die Aufgabe habe, die Lateinamerikanischen Länder anführen müsse, weshalb VOX die Aufnahme von Beziehungen zu den Wirtschaftsoligarchien dieser Länder eingeleitet hat ... Der rechtsextreme Diskurs von VOX hat nach dem Misstrauensantrag einen größeren Anklang in den Medien und den sozialen Netzwerken gefunden. Die rechtsextremen Kräfte wollen die soziale Unzufriedenheit und Unsicherheit für sich und die Oligarchie ausnutzen.

Die linke Arena: ein neuer Zyklus nach dem Eintritt von Unidas Podemos in die Regierung

Der Eintritt von Unidas Podemos in die Regierung hat nicht zu einer Erweiterung des Wahlspektrums von Unidas Podemos geführt, ganz im Gegenteil, bei den Wahlen im Juli in Galizien und im Baskenland mussten sie große Stimmenverluste hinnehmen. Im Fall von Galizien war es eine riesige Niederlage, denn sie ist nun eine außerparlamentarische Kraft in dieser autonomen Region, nachdem sie in der vorherigen Legislatur die zweitstärkste Kraft gewesen war. Ihre Stimmen gingen an die linke Unabhängigkeitspartei BNG. Im Baskenland verloren sie die Hälfte ihrer Sitze und fielen von elf auf sechs Abgeordnete.

Darüber hinaus haben sich die Kreise in Podemos, die Iglesias kritisch gegenüberstehen, vom

ursprünglichen Projekt distanziert, vor allem wegen dem Bündnis mit IU, und insbesondere mit der Kommunistischen Partei (PCE) und ihrem Generalsekretär Enrique Santiago. Aus diesem Grund hat sich vor fast zwei Jahren Iñigo Errejón von Podemos getrennt und sein persönliches Projekt Más Madrid ausgeweitet und Más País gegründet, die bei den letzten Wahlen zwei Sitze im Kongress erhielt. Más Madrid ist die führende Kraft der Opposition im Stadtrat von Madrid und hat eine bemerkenswerte Präsenz im Parlament der autonomen Gemeinschaft von Madrid. Errejón hat sich in seinem neuen Abenteuer außerhalb von Podemos von den europäischen Grünen inspirieren lassen, wenn auch mit einer eher linken Politik.



Teresa Rodríguez und Pablo Iglesias (Foto: JORGE GUERRERO / AFP)

In diesen Tagen hat die letzte Spaltung in Andalusien stattgefunden. In der bevölkerungsreichsten Region des Staates ist Teresa Rodríguez, die bis vor einigen Monaten die Vorsitzende von Podemos Andalusien war, aus der Fraktion Adelante Andalucía ausgeschlossen worden. Nun sind in dieser Fraktion nur Izquierda Unida und Podemos. Rodríguez ist Mitglied der Partei Anticapitalistas, die im vergangenen Winter beschlossen hatte, mit Podemos zu brechen, wenn Podemos in die Zentralregierung eintreten sollte. Diese Partei war immer kritisch gegenüber der Koalitionsregierungen mit der PSOE, eine Partei, die die Antikapitalisten als Teil des "Regimes von 78" betrachten.

Strategisch gesehen ist das Überleben von Unidas Podemos eng mit der Stabilität der Koalitionsregierung des Staates verbunden, weshalb dieser Staatshaushalt auch intern von entscheidender Bedeutung ist. Unidas Podemos ist in den Regionen nicht stark: In den historischen Nationalitäten (Katalonien, Baskenland und Galizien) gehen die linken Stimmen hauptsächlich an die linken Parteien der Unabhängigkeit. In zwei Schlüsselgebieten, in denen die PCE schon immer stark war, dann IU und jetzt Unidas Podemos, Madrid und Andalusien, gibt es linke politische Kräfte, die mit UP konkurrieren. Diese politischen Parteien waren ursprünglich in Podemos: die Alternative von Errejón in Madrid und die von Teresa Rodríguez in Andalusien.

... das Überleben von Unidas Podemos ist eng mit der Stabilität der Koalitionsregierung des Staates verbunden, weshalb dieser Staatshaushalt auch intern von entscheidender Bedeutung ist. Unidas Podemos ist in den Regionen nicht stark: In den historischen Nationalitäten (Katalonien, Baskenland und Galizien) gehen die linken Stimmen hauptsächlich an die linken Parteien der Unabhängigkeit.

Auf der anderen Seite befindet sich IU derzeit in der Debatte für ihren Kongress. Ein Bundeskongress, der schon zweimal wegen der Pandemie verschoben wurde. Es sollte im Sommer stattfinden, dann im nächsten Januar. Schließlich wird er voraussichtlich im Frühling stattfinden. Die politische und organisatorische Debatte ist für Izquierda Unida von entscheidender Bedeutung, da der Kongress über ihre Zukunft und ihrer eigenen Nützlichkeit im aktuellen politischen Kontext tagen wird. IU, die 1986 als Plattform geboren wurde, die andere Parteien und Sensibilitäten der Linken rund um die PCE zusammenbrachte, steht im Gegensatz zur PSOE, die zu dieser Zeit auf den spanischen NATO-Beitritt setzte, vor dem Dilemma, welche Rolle sie im jetzigen Kontext spielen kann.

Der Sektor, der dem derzeitigen Bundeskoordinator und Verbrauchsminister Alberto Garzón am nächsten steht, setzt sich für die Wahrung und Stärkung der Identität von IU innerhalb der Koalition Unidas Podemos ein. Der Sektor, der Enrique Santiago am nächsten steht, dem Generalsekretär der PCE, einer Partei, die im nächsten Jahr ihr hundertjähriges Bestehen feiern wird, setzt auf die Stärkung von Unidas Podemos und auf die Verbesserung der direkten Beziehung der Kommunistischen Partei zu Podemos. Es scheint, dass die Debatte ziemlich ruhig sein wird, da beide Sektoren eine einheitliche Kandidatur im Kongress haben werden. Es gibt eine kritische Kandidatur, die sich jedoch für den Bruch von IU mit Podemos und die Eliminierung von Unidas Podemos einsetzt. Es ist fast ausgeschlossen, dass die alternative Kandidatur den Kongress gewinnen kann.

Westsahara: der immer wiederkehrende Konflikt

Wie gesagt ist die Westsahara ein ungelöstes Problem, das immer wiederkehrt. Die Westsahara war bis 1975 eine spanische Kolonie, aber sie hat ihren Entkolonialisierungsprozess nicht abgeschlossen, da der spanische Staat durch die Madrider Abkommen von 1975 versuchte, das Gebiet an Marokko und Mauretanien zu übergeben. Diese Abkommen sind nach internationalem Recht nicht gültig, und die Westsahara bleibt daher mit dem spanischen Staat verbunden, der weiterhin die für diesen Entkolonialisierungsprozess verantwortliche Verwaltungsmacht ist.

1975 begann ein Territorialkrieg zwischen Marokko und der Polisario-Front. 1991 wurde ein Waffenstillstand unter der Obhut der Vereinten Nationen vereinbart, in dem festgelegt wurde, dass die Bevölkerung der Westsahara eine Volksabstimmung durchführen werde, in der über ihre Unabhängigkeit oder Integration in Marokko entschieden sollte. Diese Volksabstimmung wurde nie abgehalten. Die Vereinten Nationen haben in der Region die MINURSO (Internationale Mission für das Referendum in der Westsahara) eingerichtet - ein absoluter Misserfolg -, denn es wurde weder die Volksabstimmung durchgeführt, noch werden die Menschenrechte der Saharais durch Marokko respektiert.



Sahrawi demonstrators in Guerguerat (Photo: EFE)

Eine über 2.700 Kilometer lange Mauer teilt die Westsahara in zwei Teile. Auf der einen Seite stehen die befreiten Gebiete und Flüchtlingslager in der algerischen Region Tindouf, in der Zehntausende von Menschen unter äußerst schlechten materiellen Bedingungen leben. Auf der anderen Seite der Mauer befinden sich die Gebiete der marokkanischen Streitkräfte, in deren Städten willkürliche Inhaftierungen eine Konstante sind. In der besetzten Zone gibt es Phosphate und eines der wichtigsten

Fischereigründe der Welt. Europäische Gerichte haben mehr als einmal verurteilt, dass die Europäische Union mit Marokko Fischereiabkommen aushandelt, die die Gewässer der Westsahara, eines nicht autonomen Gebiets, einschließen.

Im Süden der Sahara befindet sich die Region Guerguerat, in der Marokko mehrmals versucht hat, eine Straße zu bauen, um die natürlichen Ressourcen der Sahara illegal auszubeuten. Das Völkerrecht verurteilt diese Plünderungen, wenn sie nicht zu Nutzen der lokalen Bevölkerung durchgeführt werden und dies ist nicht der Fall. Der Bau der Autobahn wurde in der Vergangenheit von den

Vereinten Nationen gestoppt, da dieses Gebiet als neutral angesehen wurde. Vor drei Jahren verstieß Marokko jedoch erneut gegen dieses internationale Abkommen und baute die Autobahn, um den Warenverkehr mit Mauretanien zu beschleunigen.

Vor einigen Tagen begann eine Gruppe von Zivilisten friedlich zu protestieren, indem sie die Straße blockierten und das Durchfahren von Lastwagen verhinderten. Die marokkanische Armee intervenierte, um den Lastwagen Platz zu machen und betrat die neutrale Zone, um die Demonstranten zu vertreiben, und verstoß so gegen den Waffenstillstand. Die Armee der Demokratischen Arabischen Republik Sahara (DARS), angeführt von der Polisario-Front, eine Befreiungsbewegung, die auch die Regierung der Republik führt, erklärte den Kriegszustand und es hat seitdem mehrere Zusammenstöße zwischen den Armeen Marokkos und der Arabischen Republik gegeben.

Wie eingangs erwähnt, ist dieser Konflikt auch eine direkte Verantwortung für den spanischen Staat als Verwaltungsmacht, die für den Entkolonialisierungsprozess verantwortlich ist. Die Koalitionsregierung hat die Möglichkeit, einen Friedensprozess zu leiten, der anerkennt, was das Völkerrecht für das saharauische Volk sagt: das Recht auf Selbstbestimmung eines Gebiets, das seinen Entkolonialisierungsprozess nicht abgeschlossen hat. Bisher standen die verschiedenen spanischen Regierungen der letzten Jahrzehnte immer auf Seiten Marokkos und übernahmen nicht ihre Verantwortung. Marokko erpresst Spanien und Europa und zeigt sich als Garantie für die Kontrolle der Migrationströme und des islamistischen Terrorismus. Marokko wird jedoch von einem Monarchen mit feudalen Untertönen unter einem Regime ohne demokratische Garantie regiert.

Trotz der pro-marokkanischen Position aufeinanderfolgender Regierungen, der PP oder der PSOE, unterstützt die spanische Gesellschaft das Volk der Westsahara. Dutzende von Verbänden in allen Provinzen leisten politische und humanitäre Arbeit in Unterstützung der Saharais. Eines der Hauptprogramme ist ‚Ferien in Frieden‘. Tausende Kinder dieser Region besuchen jeden Sommer spanische Gastfamilien, um sich von den harten Sommerbedingungen der Flüchtlingslager in der Wüste zu entfernen, sich medizinischen



Concentration of the Valencian Platform in Solidarity with the Saharawi People. Valencia, 15 November 2020 (Photo: ONG CERAI)

Untersuchungen zu unterziehen und vor allem Solidaritätsbeziehungen zwischen den jeweiligen Familien herzustellen. Dieses Programm wurde 1979 von der PCE gestartet.

Die Verbindungen der spanischen Organisationen, die links von der PSOE stehen, mit der Westsahara sind daher enorm, sowohl politisch als auch sentimental. Sie haben immer ihr Selbstbestimmungsrecht verteidigt. Jetzt sind diese Linken zum ersten Mal in der Regierung und haben die Möglichkeit, die spanische Position zu diesem Konflikt zu beeinflussen. Wenn nicht, könnte sich die Kluft zwischen führenden Leuten von Unidas Podemos und ihrer Basis und Wählern erweitern. Derzeit nehmen die Solidaritätsmobilisierungen mit der Westsahara in verschiedenen spanischen Städten zu.